

22.09.15

AIS - Fz

## **Verordnung** des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

---

### **Achte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung**

#### **A. Problem und Ziel**

Die Anpassung der Sachbezugswerte erfolgt jährlich durch eine Änderungsverordnung, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach § 17 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung - mit Zustimmung des Bundesrates erlässt.

#### **B. Lösung**

Die Werte für die Sachbezüge werden für das Jahr 2016 auf Grundlage der maßgebenden Verbraucherpreisentwicklung bis zum 30. Juni 2015 angepasst.

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte**

##### **1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand**

Es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

##### **2. Vollzugsaufwand**

Es entsteht kein zusätzlicher Vollzugsaufwand.

#### **E. Erfüllungsaufwand**

Die Sachbezugswerte werden im Rahmen der jährlichen Anpassung der Werte in den Abrechnungsprogrammen mit angepasst. Ein eigenständiger Aufwand ist daher nicht zu berechnen.

##### **E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Es werden keine neuen Erfüllungsaufwände für Bürgerinnen und Bürger eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

## **E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Es werden keine neuen Erfüllungsaufwände für Unternehmen eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

## **E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Es werden keine neuen Erfüllungsaufwände für die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

## **F. Weitere Kosten**

Für die Wirtschaft, insbesondere mittelständische Unternehmen, entsteht keine zusätzliche Belastung. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

**Bundesrat**

**Drucksache 425/15**

**22.09.15**

AIS - Fz

**Verordnung**  
des Bundesministeriums  
für Arbeit und Soziales

---

**Achte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung**

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, 18. September 2015

An den  
Präsidenten des Bundesrates  
Herrn Ministerpräsidenten  
Volker Bouffier

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu erlassende

Achte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung  
mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Altmaier



## **Achte Verordnung zur Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung**

Vom ...

Auf Grund des § 17 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 in Verbindung mit Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung -, dessen Satz 1 durch Artikel 1 Nummer 5 des Gesetzes vom 5. August 2010 (BGBl. I S. 1127) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

### **Artikel 1**

#### **Änderung der Sozialversicherungsentgeltverordnung**

§ 2 Absatz 1 der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3385), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 15. April 2015 (BGBl. I S. 583) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird die Angabe „229“ durch die Angabe „236“ ersetzt.
2. Satz 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Nummer 1 wird die Angabe „49“ durch die Angabe „50“ ersetzt.
  - b) In den Nummern 2 und 3 wird jeweils die Angabe „90“ durch die Angabe „93“ ersetzt.

### **Artikel 2**

#### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat jährlich den Wert der Sachbezüge nach dem tatsächlichen Verkehrswert im Voraus anzupassen und dabei eine möglichst weitgehende Übereinstimmung mit den Regelungen des Steuerrechts sicherzustellen. Es ist daher für das kommende Jahr sachgerecht, die Anpassung der Sachbezugswerte auch weiterhin an der Entwicklung der Verbraucherpreise für diese Leistungen zu orientieren.

### **B. Besonderer Teil**

#### **Zu Artikel 1**

Die Werte für Verpflegung und Unterkunft werden jährlich an die Entwicklung der Verbraucherpreise angepasst. Der Verbraucherpreisindex für Verpflegung im Bereich Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen ist im maßgeblichen Zeitraum von Juni 2014 bis Juni 2015 um 2,8 Prozent gestiegen, der Wert für Unterkunft oder Mieten bleibt unverändert.

Auf dieser Grundlage wird der Monatswert für die Verpflegung für 2016 im Rahmen der jährlichen Anpassung von 229 auf 236 Euro angehoben.

#### **Zu Artikel 2**

Die Verordnung tritt am 1. Januar 2016 in Kraft, damit die Neuregelungen ab dem ersten Abrechnungsmonat des neuen Jahres Anwendung finden können.

### **C. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte**

Es entstehen keine zusätzlichen Kosten oder Vollzugaufwand.

### **D. Kosten für die Wirtschaft**

Für die Wirtschaft, insbesondere mittelständische Unternehmen, entsteht keine zusätzliche Belastung. Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

### **E. Bürokratiekosten**

Die Änderungen der Sozialversicherungsentgeltverordnung führen zu keinen Veränderungen der Bürokratiekosten für die Wirtschaft.

### **F. Gleichstellungspolitische Aspekte**

Gleichstellungspolitische Aspekte sind nicht berührt.

### **G. Nachhaltigkeit**

Die Anpassung der Verordnung steht im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die Anpassung an die Entwicklung der Verbraucherpreise fördert die Zielsetzung finanzieller Nachhaltigkeit.